



Für die Heimat

Artur Auernhammer



03/2022

www.artur-auernhammer.de

Putins Krieg gegen die Kornkammer Europas

Der Krieg gegen die Ukraine hat massive Auswirkungen auf die weltweiten Agrarmärkte und die internationalen Lieferketten, die durch die Pandemie ohnehin schon belastet sind. Noch lassen sich die Konsequenzen nur erahnen. Es ist allerdings deutlich geworden, wie wichtig es ist, auch bei der Lebensmittelversorgung innerhalb der Europäischen Union die Abhängigkeit zu reduzieren. Und es wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die Nahrungsmittelproduktion Hauptaufgabe unserer heimischen Landwirtschaft ist.

Wenn auch die Versorgung in Deutschland nicht wirklich gefährdet ist, machen sich die Menschen darüber Gedanken. Eine Folge davon sind Hamsterkäufe. Immer häufiger trifft man im Supermarkt auf leere Öl- und Mehltreue. Auch an der Supermarktkasse sind die Folgen des Krieges für unsere Bürgerinnen



und Bürger massiv zu spüren. Viele Produkte sind teurer geworden. Unsere Tierhalter stehen durch die hohen Futterkosten vor enormen Problemen.

Steuersenkung statt Zettelwirtschaft

Die Preise in unserem Land explodieren! Deutschland braucht jetzt den Teuerstopp gegen den Teuerschock. Die Ampel bietet bisher nur kosmetische Maßnahmen. Der Vorschlag von Finanzminister Lindner für einen Tank-Rabatt an der Zapfsäule ist dabei ein schlechter Witz: Die Entlastung ist zu gering, nicht dynamisch und ein riesiger bürokratischer Aufwand. Die Regierung schiebt den Schwarzen Peter zu den Tankstellen. Das ist der falsche Ansatz, findet die CDU/CSU im Bundestag. Der Vorschlag dazu: Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe auf 7 Prozent, eine Absenkung der Energiesteuer um ein Drittel und eine Steuerbefreiung auf Beimischung von Biokraftstoffen. Das wäre eine echte, marktwirtschaftliche Lösung. In Summe bedeutet das eine Entlastung von 45 Cent pro Liter Sprit! Der Tank-Rabatt von Minister Lindner würde eine Entlastung von 20 Cent bedeuten.

Auch das zeigt uns der Krieg in der Ukraine:



„Nahrungsmittelproduktion muss die Hauptaufgabe unserer heimischen Landwirtschaft sein.“

Die enttäuschende 100 Tage-Bilanz der Ampelkoalition in der Agrarpolitik



Bericht, Seite 3

Hilfe für Flüchtlinge durch Ordnung und Kontrolle

Durch den russischen Angriffskrieg sind inzwischen mehr als drei Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Immer mehr kommen auch nach Deutschland und suchen hier Frieden und Sicherheit. Die humanitäre Verantwortung muss angenommen werden, hierbei sollte ein besonderer Fokus auf den Schutz von Frauen und Kindern gelegt werden. Die Bundesregierung muss zügig ein Schutzkonzept erarbeiten!

In Aufnahmeeinrichtungen befinden sich fast ausschließlich Frauen und Kinder. Unter einer großen Welle echter Hilfsbereitschaft sind jedoch leider auch Leute, die versuchen, die Situation Geflüchteter auszunutzen. Das muss verhindert werden: Geflüchteten Frauen und Kindern darf nach dem Leid der Flucht kein zweites Leid in Europa drohen. Zudem gibt es keinen Plan bei der Registrierung der ankommenden Flüchtlinge. Keiner weiß genau, wie viele Menschen schon in Deutschland Schutz gesucht haben. Die Registrierung muss staatlich organisiert und nicht nur freiwilligen Helfern überlassen werden. Es geht um die Sicherheit der ankommenden Frauen und Kinder.



Würdelos - der Umgang mit der Rede Selenskyjs im Bundestag

Mit einem eindringlichen Appell richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache an die Bundestagsabgeordneten: „Helfen Sie unserem Land.“ Alle Welt könne sehen, dass die Ukrainer frei leben und sich nicht einem anderen Land unterwerfen wollen. In diesen Stunden und Tagen gebe es unzählige wahllose Angriffe der russischen Truppen auf Zivilisten und Soldaten. „Nach 80 Jahren versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten.“

Selenskyj warf Deutschland vor, zu enge wirtschaftliche Kontakte zu Russland unterhalten zu haben, als sich der Angriffskrieg bereits andeutete: „Verschärfen Sie die Sanktionen und schließen Sie Russland aus dem SWIFT-System aus.“ Durch die wirtschaftliche Kooperation mit Moskau sei eine Mauer quer durch Europa gezogen worden. „Ich bitte Sie, reißen Sie diese Mauer nieder, unterstützen Sie uns.“

Dass wenige Minuten nach Selenskyjs Rede die Bundestagsitzung eröffnet und die Regierungskoalition zur Tagesordnung übergang, verärgert sehr. Das ist der Bundesregierung in dieser wichtigen Frage und Situation mehr als unwürdig.



Solidaritätsdemo für die Ukraine in Gunzenhausen



Am 24. Februar hat in der Ukraine der Krieg begonnen. Was in der Ukraine geschieht, bewegt viele Menschen, über Parteigrenzen und Generationen hinweg. Das von Putin geführte Russland will sich die Ukraine vollständig einverleiben. Dem müssen wir mit Besonnenheit, aber auch mit fester Haltung entgegenreten. Organisiert wurde die Demo von Denis Glotz und Nurja Graf, vielen Dank dafür!



Die mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer und Tobias Winkler tauschten sich via Zoom mit vielen anderen Teilnehmern aus.

Putins Krieg gegen die Kornkammer Europas – Folgen für Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung

Der Krieg in der Ukraine zeigt deutlich die Auswirkungen auf die internationalen Agrarmärkte. Es ist deshalb wichtig, die Lebensmittelversorgung innerhalb der EU unabhängig zu gestalten. Auch im Supermarkt sind die Folgen des Krieges durch teils leere Regale und stark steigende Preise zu spüren. Ebenso sind die Landwirte und Tierhalter mit steigenden Kosten bei Rohstoffen, Futter- und Düngemitteln konfrontiert.

Auernhammer machte in seinem Eingangsstatement deutlich, dass die Lebensmittelversorgung innerhalb der Europäischen Union gewährleistet sei und niemand etwas auf Vorrat kaufen müsse.

Sollte der Krieg in der Ukraine länger andauern, sehen die beiden Bundestagsabgeordneten enorme Herausforderungen für die Ernährung der Weltbevölkerung. Es bleibt für alle beteiligten Menschen zu hoffen, dass es bald eine friedliche Lösung gibt.



Für ein Jahr in die USA: Zwei junge Frauen erhalten Stipendium

Als vor über 300 Jahren die ersten deutschen Auswanderer über den Atlantik nach Nordamerika kamen, begann für beide Staaten ein neues Kapitel des internationalen Austauschs. Der 300. Jahrestag der Einwanderung war für den Deutschen Bundestag und den Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika daher 1983 auch ein willkommener Anlass, ein Programm ins Leben zu rufen, das diesen Austausch

bereichert: das Parlamentarische Patenschafts-Programm – oder kurz PPP. Dieses Programm gibt es für Schüler und auch für junge Berufstätige. Das Besondere: Mitglieder beider Parlamente übernehmen die Patenschaft über jeweils eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer.

Chiara Maul heißt die Schülerin aus Mitteleschenbach, die in diesem Jahr von dem Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer ausgewählt wurde, an dem Programm in den USA teilzunehmen. Zum gegenseitigen persönlichen Kennenlernen besuchten die beiden jungen Frauen den Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer in seinem Wahlkreisbüro in Ansbach. Chiara Maul ist 15 Jahre alt und Schülerin der 10. Klasse des Realschule Hensoltshöhe in Gunzenhausen. Auch Chiara Maul ist stolz, für das Programm ausgewählt worden zu sein: „Ich möchte eine neue Kultur kennen lernen und Anderen einen Teil der Deutschen Kultur, Gesellschaft und Politik näher bringen.“



Chiara Maul aus Mitteleschenbach und Cornelia Raum aus Neuendettelsau als „Juniorbotschafterinnen“ in die USA

Auslandsaufenthalte nach der Berufsausbildung sind nach wie vor selten – dabei bieten Auslandserfahrungen eine einzigartige Chance für die persönliche und berufliche Entwicklung. Die 24-jährige Hörakustikerin Cornelia Raum aus Neuendettelsau wurde ebenfalls ausgewählt, für ein Jahr in die USA zu reisen. „Ich möchte mithilfe des Stipendiums die US-amerikanische Arbeitswelt kennen lernen, aber auch intensiv in die US-Kultur eintauchen.“

Artur Auernhammer zeigte sich sehr erfreut, Chiara Maul und Cornelia Raum als „Juniorbotschafterinnen“ zur gegenseitigen Völkerverständigung in die USA schicken zu können: „Chiara Maul ist eine sehr aufgeweckte, sportliche und authentische junge Frau. Cornelia Raum ist neugierig auf die Welt und Toleranz ist für sie ein wichtiger Wert, für den sie auch einsteht. Beide sind Sympathieträgerinnen und genau richtig, Deutschland in den USA zu vertreten.“



100 Tage-Bilanz der Ampelkoalition in der Agrarpolitik ist enttäuschend

Die ersten 100 Tage der Ampel-Regierung sind vorüber. In der Agrar- und Ernährungspolitik hat die Koalition in diesem Zeitraum keine einzige Gesetzesvorlage oder Initiative vorgelegt. Es gab viele Ankündigungen von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, aber keine einzige parlamentarische Vorlage. Kein einziger Gesetzentwurf und keine Verordnung wurden im Bundeskabinett verabschiedet.



Während als Folge von Putins Krieg gegen die Ukraine die internationalen Marktverwerfungen zunehmen und die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln viele Menschen umtreibt, **hält Bundesminister Özdemir an alten grünen Ideologien wie Flächenstilllegungen in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik fest. Umweltstrategien der EU wie der Green Deal will er trotz des weltweiten Ausfalls der wichtigsten Exportregion für Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen nicht neu bewerten, obwohl dies renommierte Agrarwissenschaftler fordern.**

Auch bei der Haltungs- und Herkunftskennzeichnung von Fleisch bewegt sich nach 100 Tagen Özdemir nichts

Gleiches gilt für eine tragfähige Finanzierung für die Umsetzung der Borchert-Empfehlungen zum Umbau der Nutztierhaltung. Und während Frankreich bei der Einführung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung von Fleisch in Restaurants und Kantinen mutig vorangeht, wartet die Bundesregierung auf Vorschläge der EU-Kommission, die frühestens gegen Jahresende vorliegen sollen.

In einem seinem ersten größeren Interview ernannte sich der Minister zum obersten Anwalt aller Landwirte und erklärte, die Landwirte stünden Schlange und profitierten von einem Hanfanbau in nie dagewesenem Maße. Auf Nachfrage wurde dann aber deutlich, dass der gesamte Anbau von medizinischem Cannabis unter Glas und nicht im Freien auf dem Acker stattfindet. Die Landwirtinnen und Landwirte erwarten von einem Bundeslandwirtschaftsminister, dass dieser endlich handelt und nicht hadert. Sie erwarten zu Recht, dass sich ein Bundeslandwirtschaftsminister um die Ernährungssicherung kümmert und nicht parteipolitischen Ideologien hinterherrennt.



Mit dem Impfvorsorgegesetz gewappnet gegen mögliche weitere Corona-Wellen:

Impfregister:

Sichere Datenbasis, wirksame Pandemiebekämpfung

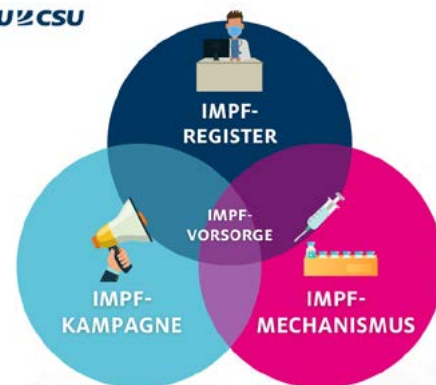
Impfkampagne:

Bürger gezielt ansprechen, Vertrauen schaffen

Impfmechanismus:

Impfkonzept mit Stufenmodell

CDU/CSU



**IMPFVORSORGE STATT
IMPFPFLICHT**

Gleichwertige Lebensverhältnisse für den ländlichen Raum

Aufgaben aus der zurückliegenden Wahlperiode fortführen

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie attraktiv ländliche Räume in Deutschland sind. Diese Stärke gilt es weiterzuentwickeln. Dazu braucht es massive Investitionen in Infrastruktur jeglicher Art. Denn nur wer überall findet, was er zum Leben braucht, kann auch frei entscheiden, wo er leben möchte. Im Jahr 2018 wurde die Einsetzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ beschlossen. Die Ergebnisse aus der Arbeit der Kommission mündeten im Juli 2019 in einen „Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall“ sowie in einen Beschluss der Bundesregierung für zwölf prioritäre Maßnahmen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Im Frühjahr 2021 hat die alte Bundesregierung mit dem Bericht „Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse“ eine Zwischenbilanz gezogen. Viele Maßnahmen seien bereits umgesetzt worden, die Wirkung entfalte sich in vielen Bereichen jedoch erst mittel- und langfristig. Nach wie vor gebe es große Unterschiede bei den Lebensverhältnissen in Deutschland. Die aktive Strukturpolitik des Bundes bleibe deshalb auch mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie prioritäres Thema.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt für die flächendeckende Einrichtung von Heimatagenturen. Sie kennen die Gegebenheiten vor Ort und können so gezielt im ländlichen Raum nach Fachkräften werben. Die dezentrale Ansiedlung von Behörden und Forschungseinrichtungen muss weiter ausgebaut werden.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kostet Geld; hier hat der Finanzminister der letzten Bundesregierung gemauert. Aber nur mit einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung können Kommunen in ihren bürgernahen Aufgaben- und Leistungsbereichen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich agieren und sich zukunftsfest aufstellen. Auch die neue Bundesregierung setzt auf eine Vielzahl an Förderprogrammen, die sich für die Kommunen oftmals als schwer zugänglich und beschneidend im Gestaltungsspielraum vor Ort erweisen.



Eröffnung Gauschießen

Anlässlich des 100-jährigen Vereinsjubiläums richtet der Schützenverein Unterwurmbach das 55. Gauschießen des Schützengaus Hesselberg aus. Gleichzeitig findet auch das 95. Mittelfränkische Bundesschießen statt.

Zur Eröffnung kamen zahlreiche Ehrengäste sowie der Patenverein aus Bechhofen. Der Schützengau Hesselberg besteht aus Vereinen aus den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen. Dem Gau gehören 55 Vereine an.

Das Schützenwesen ist im Wahlkreis von MdB Artur Auernhammer fest verwurzelt und gilt zurecht als immaterielles Kulturerbe.



Gesegnete und
friedvolle

Ostern

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter   

Reden von Artur Auernhammer
im Deutschen Bundestag

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft

CDU / CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag

Bestellservice des Deutschen
Bundestages

Fotos: Tobias Koch, Pixaby, Adobe Stock-
photo und Privat